

Veranstungsbericht - Fachgespräch

Ökologische Stadtentwicklung in Indonesien: Zivilgesellschaftliche Perspektiven und Maßnahmen, 06.11.2023

Diskutant:innen: Anton Novenanto, Eutenika Research Center Malang | Elisa Sutanudjaja, Rujak Center Urban Studies Jakarta | Eka Handriana, Amerta Air Indonesia | Guntoro, Urban Poor Consortium Jakarta | Sigit Karyadi Budiono, Koalisi Rakyat untuk Hak atas Air | Prathiwi Putri, Universität Kassel | Kartika Manurung, Universität Bonn

Auf Einladung von Watch Indonesia! e.V. nahmen Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Initiativen und Wissenschaftler:innen an einem digitalen Fachgespräch über Stadtentwicklung in Indonesien teil und diskutierten die damit verbundenen Herausforderungen. Mit welchen sozialen und ökologischen Krisen geht die rasante Urbanisierung einher, und was sind mögliche Ansätze für eine sozial und global gerechte urbane Transformation für klimaneutrale Städte?

Stadtentwicklung in Indonesien und die Folgen

Stadtentwicklung vollzieht sich in Indonesien sozial exklusiv und verursacht teils erhebliche Umweltschäden, so der Tenor der Diskutant:innen. Verantwortlich sei dafür nach Ansicht von Elisa Sutanudjaja das von der Regierung vertretene Modernisierungsnarrativ sowie der Top-down-Ansatz. Diesem Narrativ entsprechend solle all das verschwinden, was sich nicht in das Bild einer "modernen" Stadt einfügt, seien es traditionelle Märkte, Straßenverkäufer oder *Kampung Kota* (informelle städtische Siedlungen). An ihre Stelle sollen "moderne" Infrastruktur und Gebäude treten, wie gigantische Einkaufszentren, Geschäftsviertel, Apartments, exklusive Hotels und Wohnsiedlungen. Die Umsetzung von Bauprojekten liegt in den Händen des privaten Sektors. Sie kontrollieren den Grundstücksbesitz und streben nach Profitmaximierung, die sich vor allem durch exklusive Wohnprojekte für die obere Mittelschicht oder eine kommerzielle und industrielle Nutzung realisieren lässt.

Eine solche Urbanisierung verschärft nicht nur soziale Ungleichheit und Spaltung, sondern führt auch zu erheblichen Umweltschäden. Guntoro vom *Urban Poor Consortium* hat dies anhand des Baus der Luxuswohnsiedlung *Ecopark Pantai Indah Kapuk 2 (PIK 2)* in der Bucht von Jakarta illustriert. Mehrere Dörfer mussten für die Siedlung weichen und ihre Bewohner:innen wurden zwangsumgesiedelt. Die für das Projekt erforderliche Landgewinnung griff in erheblichem Maße in das bestehende Ökosystem ein. Mangrovenwälder wurden zerstört und das umliegende Meer verschmutzt. In den umliegenden Regionen des Großprojekts, geprägt durch eine sozial schwache Bevölkerungsstruktur, haben Überschwemmungen zugenommen. Die überwiegend vom Fischfang lebende Dorfbewölkerung konnte ihre Tätigkeit nicht mehr in gewohnter Weise ausüben. Die verbliebenen Fischer in der Umgebung müssen mit ihren Booten nun weiter entfernt segeln, um Fisch zu fangen. Viele gaben die Fischerei auch ganz auf, da der Zugang zum Meer schwieriger oder die Fischerei schlicht unrentabel geworden ist.

Der Rückgang unbebauter grüner Flächen führt nicht nur zur Zunahme von Überschwemmungen, sondern hat laut Sigit Karyadi auch Probleme bei der Grundwasserversorgung verursacht. Während die Bewohner:innen der neu geschaffenen exklusiven Wohnsiedlungen in der Regel von Überschwemmungen verschont bleiben und Zugang zu sauberem Wasser und einer sanitären Versorgung haben, ist die Bevölkerung der *Kampung Kota* auf den Kauf von teurem Flaschenwasser angewiesen und es mangelt ihnen an adäquaten sanitären Einrichtungen.

Die sozial-ökologische Krise beschränkt sich indes nicht nur auf die städtischen Zentren, sondern auch die Randgebiete der Städte sind davon betroffen, wie Anton Novenanto betont. Stadtentwicklung und Lebensstil in den urbanen Zentren sind von der Peripherie in hohem Maße abhängig, denn sie liefert die

natürlichen Ressourcen. Damit der Nahrungsmittelbedarf der Städte gedeckt werden kann, wird mit Düngemitteln und chemischen Pestiziden nachgeholfen, um die landwirtschaftlichen Erträge zu maximieren. Viele Böden und das Grundwasser sind in der Folge kontaminiert. Hinzu kommen extractive Industrien, die die natürlichen Ressourcen ausbeuten, um den Bedarf an Energie und Baustoffen in der Stadt zu decken. Landwirtschaftlich genutzte Flächen und Kleinbäuer:innen müssen dem Bau von Infrastruktur, der Ansiedlung von Industrie, Hotels und Bergbau weichen. Dass selbst sogenannte „grüne“ Projekte bei näherer Betrachtung nicht zwangsläufig umweltfreundlich sind, machte Noventanto deutlich. Er verwies dabei auf Geothermieanlagen zur Energiegewinnung, die vor allem für den wachsenden Strombedarf der Städte errichtet werden. Die Energiegewinnung mag zwar an sich klimaneutral sein, allerdings kommt es immer wieder vor, dass bei derartigen Projekten keine sorgfältigen Risikoanalysen durchgeführt werden, so dass es im Umfeld solcher Entwicklungsprojekte regelmäßig zu sozialen Verwerfungen und ökologischen Schäden kommt. Mit der Zunahme sog. Nationaler strategischer Projekte (*Proyek Strategis Nasional*) seien derartige negative Folgen immer häufiger zu beobachten. Hierbei handelt es sich um Entwicklungsprogramme der Zentralregierung, von denen sich die Regierung positive Impulse für die Wirtschaft erhofft. Die regulatorischen Standards werden bei Projekten dieser Kategorie vielfach abgesenkt und Zulassungsverfahren beschleunigt - auf Kosten von Mensch und Umwelt.

Inklusive und Partizipative Stadtentwicklung

Wenn Urbanisierung jedoch sorgsam gesteuert wird, kann sie die Lebensqualität vieler Menschen verbessern und gleichzeitig einen Weg aus der Armut ebnen - ohne dass es dabei zur Ausbeutung der Natur und ökologischen Schäden kommt. Notwendig ist hierfür jedoch ein Paradigmenwechsel in der Stadtplanung.

Bei städteplanerischen Prozessen müsse man von einem Top Down zu einem Bottom-up Ansatz kommen und die Bürger:innen aktiv einbeziehen, so Sutanudjaja. Bisher beschränkt sich die Beteiligung der Bevölkerung an Planungsprozessen auf Informationsveranstaltungen, allerdings häufig zu einem Zeitpunkt, zu dem die Regierung bereits konkrete Pläne für bestimmte Projekte entwickelt hat. Es besteht kaum Gelegenheit, soziale und ökologische Risiken von Planungsvorhaben ernsthaft zu diskutieren.

Dass es auch anders geht, machte Guntoro vom Urban Poor Consortium anhand verschiedener städtischer Kampung in Jakarta deutlich, die allesamt durch Zwangsräumung bedroht waren. Die Kampung Kota Tongkol, Krapu und Lodan, drei ärmere Gemeinden in Jakarta, sollten aufgrund von Hochwasserschutzmaßnahmen geräumt werden. Doch die Bewohner:innen suchten sich Unterstützung, verschönerten ihre Siedlung und wurden zu "Hütern des Flusses". Ein anderes erfolgreiches Beispiel ist das *Kampung Susun Aquarium*. Auch dieses Kampung sollte weichen und hunderte Familien zwangsumgesiedelt werden. Auch hier organisierten sich die Bewohner:innen und holten Unterstützung bei NGOs und Architekt:innen. Gemeinschaftlich entwickelten sie eigene Pläne für einen genossenschaftlich verwalteten Wohnkomplex mit mehrstöckigen Häusern, zugeschnitten auf ihre Bedürfnisse.

Alle vier Kampung sind soziale Wohnprojekte, die mit kollaborativen und partizipativen Methoden entwickelt wurden. Während aller Projektphasen, von der Planung über den Bau bis zur Verwaltung und Nutzung, sind die Bewohner:innen aktiv beteiligt. Die Verwaltung erfolgt durch ihre Bewohner:innen über eine Genossenschaft. Die Stadtregierung von Jakarta erkannte den Erfolg dieses Projektansatzes von *Kampung Susun Aquarium* an und etablierte es als ein Programm der Stadtregierung, um auch die Situation anderer *Kampung Kota* entsprechend zu verbessern. *Kampung Susun Aquarium* erhielt 2023 den Innovation Award vom Asia Pacific Housing Forum und wurde zum Gewinner des World Habitat Awards 2024 gekürt.

Dranbleiben, Netzwerken und Expandieren

Kontinuierlich aktiv zu bleiben und sich auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu vernetzen und Allianzen zu bilden, ist nach Meinung von Elisa Sutanudjaja der Schlüssel zum Erfolg. Die Bewohner:innen von *Kampung Tongkol*, *Lodan*, *Kerapu* und *Akuarium* haben bewiesen, dass es möglich ist, sich gegen Zwangsräumungen erfolgreich zu wehren. Am Ende haben sie jedoch weit mehr erreicht. Es ist ihnen gelungen, ihre Lebensbedingungen entscheidend zu verbessern, ihren Kampung genossenschaftlich zu verwalten und dabei auch noch einen Beitrag für die Umwelt zu leisten.

Trotz dieser Erfolge müsse man sich darüber im Klaren sein, dass es bei Auseinandersetzungen um städtische Entwicklung weiterhin ein großes Machtungleichgewicht zwischen zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren gibt. Um über den eigenen lokalen Kontext hinaus Veränderungen anstoßen zu können, müssen Initiativen zu Bewegungen transformiert und erweitert werden. Wenn eine Initiative auf lokaler Ebene erfolgreich ist, sollte immer überlegt werden, wie sich der Ansatz möglicherweise auf andere Region übertragen lässt. Dabei wäre auch die Regierung in der Pflicht, lokale Initiativen zu fördern und erfolgreiche Ansätze zu unterstützen. Doch damit die Regierung dieser Verantwortung nachkommt, braucht es von Seiten der Zivilgesellschaft ein aktives politisches Engagement.

Das *Jaringan Rakyat Miskin Kota*, ein Zusammenschluss städtischer Armutsbetroffener, hat 2017 unterstützt durch das *Urban Poor Consortium* aktiv den Austausch mit dem Gouverneurskandidaten Anies Baswedan gesucht, um politische Vereinbarungen zu treffen. Dies beinhaltete die formelle Anerkennung der *Kampung Kota* als legale Wohnorte und die Vereinbarung zu einer partizipativen Entwicklung der Stadtviertel.

Ein ähnliches Beispiel der Selbstorganisation gibt es aus der Stadt Semarang, in der der Stadtbauernverband Ideen für eine "sozialökologische Demokratie" entwickelt hat. Partizipativ und orientiert an sozialen und ökologischen Prinzipien sollen die Bürger:innen die Stadtentwicklung selbst in die Hand nehmen, so dass die Rechte der örtlichen Bevölkerung gewahrt und die Umwelt geschützt wird. Für eine wirkliche Wende hin zu einer sozial-ökologischen Stadtentwicklung dürfe die Notwendigkeit für politische Reformen im Agrarsektor und den Schutz der natürlichen Ressourcen jedoch nicht aus dem Blick geraten. "Wir können nicht über eine gerechte städtische Transformation sprechen, wenn das Recht auf Landnutzung weiterhin ungerecht verteilt wird", so Elisa Sutanudjaja. Genehmigungsverfahren für die kommerzielle Nutzung von Land sollten zugunsten sozialer und ökologischer Nutzungsformen strenger reguliert werden. Hierfür müsse der politische Druck erhöht werden.

Die Veranstaltung fand statt im Rahmen des Projekts "Urbane Transformation sozial und global gerecht gestalten: Zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen für klimaneutrale Städte am Beispiel Indonesiens."

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Watch Indonesia! e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder.

Gefördert durch Engagement Global
mit Mitteln des:

Stiftung Nord-Süd-Brücken mit Mitteln der

